

## 2. Bestehende LSBTIQ\*-Akzeptanz und Beratungsarbeit im Land finanziell und personell sichern und ausbauen

### Frage 2.1 LSBTI\*-Landeskoordinierungsstellen Nord und Süd finanziell und personell ausbauen

Wie werden Sie dafür sorgen, dass die vom Justiz- und Gleichstellungsministerium 2019 geschaffenen LSBTI\*-Landeskoordinierungsstellen Sachsen-Anhalt Nord und Süd, die bislang jeweils nur mit je einer halben Personalstelle ausgestattet sind, ab dem Haushaltsjahr 2022, zur nachhaltigen Sicherung ihrer Arbeit, jeweils mit mindestens einer Vollzeit-Personalstelle ausgestattet werden?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
<p>Durch gezielte Präventionsprogramme und Maßnahmen des Landes Sachsen-Anhalt (z. B. Umsetzung von zahlreichen Maßnahmen des Aktionsprogramms für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, Transsexuellen und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTTI) in Sachsen-Anhalt oder die Einführung der Landeskoordinierungsstelle LSBTTI Sachsen-Anhalt) war die CDU Sachsen-Anhalt in den letzten Jahren stets bestrebt, die gesellschaftliche Gleichstellung und Akzeptanz von LSBTTI weiterhin zu erhöhen.</p> <p>Wir werden uns bei der Fortschreibung des Aktionsprogrammes stark an den Erkenntnissen des aktuellen Aktionsprogrammes orientieren.</p>	<p>Die LSBTI*-Landeskoordinierungsstellen sind Teil des LSBTTI-Aktionsprogramms, welches wiederum dem Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt zugeordnet ist. Die SPD setzt sich sowohl für eine Weiterentwicklung des Programms (siehe Antworten zu Frage 1.1 und 1.2) als auch allgemein für eine personelle und finanzielle Stärkung der LSBTIQ*-relevanten Beratungsstellen ein. Die derzeitige Personalsituation in den Landeskoordinierungsstellen Nord und Süd ist nicht zufriedenstellend. Wir wollen uns dafür stark machen, die beiden bestehenden halben Personalstellen zu Vollzeitstellen auszubauen, wobei eine Stelle in Magdeburg und eine in Halle verbleiben soll.</p>	<p>Die beiden unabhängigen LSBTIQ*-Landeskoordinierungsstellen in Sachsen-Anhalt – Fachstellen für Fragen zur sexuellen und geschlechtlichen Identität – wollen wir zu einem unabhängigen LSBTIQ*-Landeskompetenzzentrum Sachsen-Anhalt bei einem Träger mit zwei Standorten in Magdeburg und Halle zusammenfassen und es personell und finanziell auskömmlich ausstatten. Das Landeskompetenzzentrum soll in seiner Netzwerkfunktion mit fachlichen Austausch erweitert werden, die neu eingerichtete LSBTIQ*-Diskriminierungsmeldestelle Sachsen-Anhalt (DiMSA) im Antidiskriminierungsschwerpunkt ausgebaut sowie der Schwerpunkt Aus- und Fortbildung von beruflichen Multiplikator*innen und Erwachsenen gestärkt werden.</p>	<p>DIE LINKE hat sich für die Einführung der Landeskoordinierungsstelle eingesetzt und gleiches tun wir für die Verstärkung der Förderung und eine entsprechende personelle Ausstattung, damit die vielfältigen Aufgaben auch entsprechend wahrgenommen werden können. Darüber hinaus ist die sich ergänzende fachliche Profilierung und deren Weiterentwicklung der LSBTI*-Landeskoordinierungsstellen zu stärken.</p>	<p>Wir beantworten die Fragen 2.1 bis 2.3 im Sachzusammenhang:</p> <p>Die Situation der zum Teil seit vielen Jahren arbeitenden „Projekte“ treibt uns schon länger um. Wir wollen die Finanzierung der Verbände und Vereine im Komplex prüfen mit dem Ziel aus der Projektförderung überall dort auf eine andere Finanzierung umzusteigen, wo die Arbeit nachweislich langfristig angelegt ist.</p>	<p>Wir werden uns dafür einsetzen, die vom Justiz- und Gleichstellungsministerium 2019 geschaffenen LSBTI*-Landeskoordinierungsstellen Sachsen-Anhalt Nord und Süd, die bislang jeweils nur mit je einer halben Personalstelle ausgestattet sind, gänzlich abzuschaftern.</p>

		<p>Wir werden uns also für eine Ausstattung mit zwei Vollzeitstellen in den nächsten Haushaltsverhandlungen einsetzen. Dies haben wir in den Verhandlungen für den Doppelhaushalt 2020/2021 bereits getan. Mit Verweis auf den Koalitionsvertrag wurde dies jedoch von der CDU abgelehnt.</p>			
--	--	---	--	--	--

**Hintergrund:** Beide LSBTI\*-Landeskoordinierungs-Einrichtungen sind als Fachstellen für Fragen zur sexuellen und geschlechtlichen Identität in Sachsen-Anhalt jeweils für 7 Landkreise bzw. kreisfreie Städte zuständig. Die LSBTI\*-Landeskoordinierungsstelle Sachsen-Anhalt Nord ist mit der neu eingerichteten LSBTIQ\*-Diskriminierungs-Meldestelle (DiMSA) und ihrer Anti-Gewalt- und Anti-Diskriminierungsarbeit sogar landesweit tätig, da es kein vergleichbares Angebot mit LSBTIQ\*-Spezialisierung gibt. Die LSBTIQ\*-Landeskoordinierungsstelle Sachsen-Anhalt Süd hat ihre Schwerpunktsetzung in der Bildungsarbeit auf berufliche Multiplikator\*innen und Erwachsene, die nach einer Analyse von gesamtgesellschaftlichen Defiziten erfolgte. Die zu umfassende Facharbeit zur Akzeptanzförderung und eine Qualitätssicherung kann dauerhaft nicht durch halbe Personalstellen in prekärer Beschäftigung ermöglicht werden.

**Frage 2.2 Bestehende LSBTIQ\*-Beratungs- und Akzeptanz-Projekte im Land nachhaltig absichern**

Wie werden Sie dafür sorgen, dass die Finanzierungen der seit vielen Jahren bestehenden Projekte der LSBTIQ\*-Verbände in Sachsen-Anhalt durch das Justiz- und Gleichstellungsministerium nachhaltig gesichert werden? Dazu zählen:

- Projekte zur Akzeptanzförderung des LSVD Sachsen-Anhalt e.V.:  
„Queer And Trans\* Life Support“ – Beratungsprojekt inkl. Überfalltelefon, LSBTIQ\*-Jugendangebot „Queer And Young inkl. Offenen Treff „Come In“ und Jugendmedienprojekt GoQueer, LSBTIQ\*-Bibliothek in Magdeburg, Offener Treff „Regenbogencafé“ für Jung und Alt, Queere Geflüchtetenhilfe, LSBTIQ\*-Fachveranstaltungen u.v.m.
- Projekte zur Akzeptanzförderung des BBZ Lebensart e.V.:  
Umfassendes Beratungsangebot, LSBTIQ\*-Fachbibliothek in Halle, Jugendgruppe Queerulanten, Gruppen für Trans\* und Inter (Selbsthilfe, Angehörigen, Eltern, Kinder), Fachveranstaltungen, Bildungsarbeit u.v.m.
- Projekte zur Akzeptanzförderung von Dornrosa e.V.:  
Frauzentrum, Aufklärungs- und Bildungsarbeit im Bereich geschlechtlich-sexuelle Vielfalt, Frauenkulturtage, Q-Point, Bekämpfung von Gewalt und Diskriminierung gegen Lesben/Frauen, Beratungs- und Unterstützungsangebote, Bibliothek, Fachveranstaltungen

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Wir setzen uns dafür ein, dass auch und insbesondere die Selbstorganisationen von LSBTIQ*-Menschen in Sachsen-Anhalt personell und finanziell besser ausgestattet werden. Ihre Arbeit und Netzwerke bleiben dadurch nicht nur erhalten, sondern können auch vertiefter auf Themen und Probleme innerhalb der Community eingehen. Besonderen Fokus wollen wir dabei in der kommenden Legislatur auf die Angebote für LSBTIQ*-Jugendliche, junge Erwachsene sowie Menschen mit Migrationshintergrund legen.	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fühlen sich der Arbeit der genannten Projekte besonders verbunden. Wir erachten es als unsere Aufgabe, uns für diese Projekte und ihre auskömmliche Finanzierung einzusetzen. Vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltslage infolge der Corona-Pandemie steht zu befürchten, dass insbesondere die CDU hier Kürzungen fordern wird. Dem werden wir uns entgegenstellen und wo immer möglich eine Aufstockung der Mittel anstreben.	Die LINKE setzt sich auch weiterhin für die Verstärkung der Finanzierung der in der Frage 2.2 benannten bestehenden und bereits etablierten Projekte der LSBTIQ*-Verbände ein. Ihre Arbeit ist unentbehrlich und bedarf daher dringend einer Fortführung, wozu eine entsprechende finanzielle, personelle und sächliche Ausstattung Grundlage ist.	Siehe Antwort 2.1	Gar nicht. Wir werden uns dafür einsetzen, all diesen Projekten die Förderung zu entziehen. Ein Queer-And-Trans-Überfalltelefon beispielsweise ist überflüssig. Bei Überfällen kann sich diese Klientel wie auch jeder andere Bürger an die Polizei wenden. Sexualität ist Privatsache, eine „Bildungsarbeit im Bereich geschlechtlich-sexuelle Vielfalt“ muss deshalb auch nicht gefördert werden. Usw. usf.

**Frage 2.3 Bestehende LSBTIQ\*-Jugendbildungsreferent\*innen beim Lambda-Jugendnetzwerk Mitteldeutschland nachhaltig absichern**

Wie werden Sie dafür sorgen, dass die Finanzierung der LSBTIQ\*-Jugendbildungsreferent\*innen des Lambda Jugendnetzwerkes Mitteldeutschland durch das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt nachhaltig gesichert wird?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Siehe Antwort 2.2	Die LSBTIQ*-Jugendbildungsreferent*innen des Lambda Jugendnetzwerkes leisten wertvolle Arbeit, die dauerhaft und auskömmlich finanziert werden muss. Natürlich werden wir uns im Rahmen der Haushaltsverhandlungen dafür einsetzen.	DIE LINKE setzt sich für die Verstärkung der Finanzierung der LSBTIQ*-Jugendbildungsreferent*innen des Lambda Jugendnetzwerkes Mitteldeutschland ein, da ihre Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung und damit Akzeptanz von queeren Lebensweisen leistet.	Siehe Antwort 2.1	Gar nicht. Wir werden uns dafür einsetzen, die Finanzierung der LSBTIQ*-Jugendbildungsreferent*innen des Lambda Jugendnetzwerkes Mitteldeutschland komplett einzustellen.

**Frage 2.4 Lokale LSBTIQ\*-Vereine und Initiativen im ländlichen Raum finanziell unterstützen**

Werden sich dafür einsetzen, dass lokal aktive LSBTIQ\*-Vereine und Initiativen in ihren Aufklärungsfunktionen und als Anlaufstellen finanzielle Unterstützung erfahren, wenn sie diese nicht oder nur in unzureichendem Maße durch die Kommunen erhalten? Dazu zählen u.a.:

- Organisation des Christopher Street Day in Magdeburg, Halle und Schönebeck
- Aktivitäten zum Internationalen Tag gegen Homo-, Trans\*- und Interphobie (IDAHOBIT)
- LSBTIQ\*-Sportgruppen
- Vereine im LSBTIQ\*-strukturschwachen ländlichen Raum wie „Er gehört zu mir e.V.“ im Harz sowie Regenbogeninitiativen und queere Treffen in anderen ländlichen Regionen des Landes

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Siehe Antwort 2.2	Ja, dafür werden wir uns einsetzen. Sichtbarkeit in allen Bereichen des Lebens und des Landes ist aus unserer Sicht entscheidend. Der CSD ist dabei ein mittlerweile weltweit etabliertes Ereignis, hinter dem wir voll und ganz stehen. Besondere Bedeutung kommt aber den Bereichen zu, die weniger gut etabliert sind, wie etwa in bestimmten Bereichen des Sports oder den ländlichen Räumen. Hier wollen wir weitere Fortschritte erreichen und fördern entsprechende Initiativen.	DIE LINKE setzt sich für die Stärkung der Strukturen im ländlichen Raum ein. Dies bezieht ausdrücklich auch die Förderung und ggf. finanzielle Unterstützung lokal aktiver LSBTIQ*-Vereine ein.	Die kommunale Finanzierung ist in der Regel eine freiwillige Leistung und deshalb abhängig von der Finanzsituation der Kommunen. Auch wenn sich die Verschuldungssituation im zurückliegenden Jahr verbessert hat, halten wir eine Prüfung und ggf. neue Form der Kommunalfinanzierung für erforderlich.	Nein. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Veranstaltungen wie der Christopher Street Day, wo abweichende sexuelle Neigungen propagiert werden, keinerlei öffentliche Förderung erhalten.